

## VI. Bürgerliche Selbstbilder und Rollenerwartungen im Krieg

Auch diese Studie hat zeigt, dass Deutungen unter bürgerlichen Soldaten dominierten, die den Sinn des Ersten Weltkriegs bejahten. Ebenso ließ sich demonstrieren, dass dies weder mit Kriegsverherrlichung gleichzusetzen ist noch auf eine selbstlose Opferbereitschaft der Akteure hinweist. Nach Möglichkeit wurde in den vorangegangenen Ausführungen der strukturelle Charakter der Deutungen vor Augen geführt, die, wie in der Einleitung bereits erläutert, als repräsentativ für bürgerliche Soldaten im Allgemeinen gelten mögen. Im Folgenden wird dargelegt, weshalb bürgerliche Soldaten die deutschen Kriegsanstrengungen überwiegend bejahten. Die verschiedenen Deutungen können dabei nach dem eingangs diskutierten Muster von Individualisierung und Vergesellschaftung als Hauptmerkmal des Bürgertums eingeordnet werden.

Mit diesem Raster lassen sich auch die Wertungen militärischer Vergemeinschaftung erklären. So werteten die Soldaten jene Aspekte positiv, die dem eigenen Bedürfnis nach Individualisierung entsprachen. Hierzu zählte das Erreichen einer Dienststellung, mit der sich ein im Militär relativ hohes Maß an Selbstbestimmung gewährleisten ließ und die damit dem spezifisch bürgerlichen Ideal persönlicher Selbstständigkeit genügte. Ebenso sollte die jeweilige Aufgabe Raum zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit bieten<sup>1</sup>. Unter den Bedingungen der militärischen Hierarchie kamen diesem Ideal Verwendungen mit einem möglichst hohen Rang am nächsten, beispielsweise als Einheitsführer. Jedoch konnte dies auch auf untergeordnete Positionen zutreffen, bei denen der Soldat – vor allem in technischen Aufgabenbereichen – »sein eigener Herr« war. Dementsprechend negativ wurden die zumeist untergeordneten Verwendungen bewertet, in denen der bürgerliche Soldat in seiner Entfaltungsmöglichkeit eingeschränkt war und sich »nur Verbot und Vorgesetzten« gegenüber sah. Gleiches galt für monotone, als »stumpfsinnig« bezeichnete Verrich-

---

<sup>1</sup> Hettling, Die persönliche Selbständigkeit, S. 61 f.

tungen wie das ständige Wiederholen und Einüben von Handgriffen beim Exerzieren. Als Zeichen des Widerstands gegen die hierarchische Ordnung und Bekenntnis zur eigenen Bürgerlichkeit lassen sich daher die Schreiben verstehen, in denen die Verfasser im Mannschaftsdienstgrad darstellten, wie sie Befehle im kleinen Rahmen unterlaufen und damit ihre Selbstständigkeit bewiesen hätten.

Gleichzeitig erfüllte der Aufstieg in der Hierarchie das bürgerliche Leistungsideal<sup>2</sup>, dem besonders dann Genüge getan wurde, wenn dieser beginnend auf der niedrigsten Ebene bis hin zum de facto höchsten für Reserveoffiziere erreichbaren Dienstgrad als Leutnant führte. Nicht zuletzt erlangten bürgerliche Soldaten auf diese Weise eine gehobene Position, die der selbst wahrgenommenen in der Gesellschaft entsprach – ganz zu schweigen von den damit verbundenen materiellen Vergünstigungen. Umso schmerzlicher wird sich die Lage für jene Soldaten dargestellt haben, die von gesellschaftlich als niedriger stehend gesehenen Vorgesetzten Befehle entgegennehmen mussten. Gleichzeitig sah sich letztere Gruppe mit dem unausgesprochenen Vorwurf konfrontiert, als »Versager« nicht befördert worden zu sein. Die zum Leutnant der Reserve beförderten Turner zeigten hingegen durch eine Selbstkarikierung, die der zeitgenössischen »Militarismus«-Kritik folgte, dass sie weiterhin bürgerlichen Werten verpflichtet und keineswegs »feudalisiert« worden seien. Implizit betonten sie mit dieser Reflexion der eigenen Rolle zudem noch einmal das Leistungsprinzip, das adlige Offiziere – von denen sie sich mit ihrer Ironie distanzieren – aufgrund der sie begünstigenden Institutionen nicht erfüllt hätten. Auch wenn die Soldaten im Offiziersrang zahlreichere Aspekte militärischer Vergemeinschaftung positiv hervorhoben, ließen doch diejenigen von ihnen, die sich zum Thema äußerten, ihrer zivilen Tätigkeit eine höhere Wertschätzung zukommen. Auf die gleiche Weise wurde die zivile Lebensperspektive betont, in deren Mittelpunkt neben dem Beruf die Gründung einer Familie stand. Somit ließen sich in den Augen bürgerlicher Soldaten mit den positiven Seiten des Militärs bestenfalls dessen negative Auswüchse kompensieren, während das Zivile als höherwertiger Bezugspunkt dominierte. Der militärische Dienst an sich konnte also keinen Anreiz bieten, die Kriegsanstrengungen zu unterstützen.

Gleiches galt für die Rolle des Monarchen, Wilhelm II. Dieser spielte eine allgemein geringe Rolle in den Schreiben der Turner und wurde bei der Diskussion politischer oder militärischer Entscheidun-

<sup>2</sup> Hettling/Hoffmann, Zur Historisierung, S. 15; Schulz, Lebenswelt und Kultur des Bürgertums, S. 21 f.

gen nicht thematisiert. Insbesondere kam es niemandem in den Sinn, das Sterben im Krieg als Tod »für den Kaiser« zu deuten und es auf diese Weise mit Sinn zu versehen. Eher kam dem Staatsoberhaupt – wie auch in konstitutionellen Monarchien – die Funktion eines Nationalsymbols zu. Von anerzogener »Untertanentreue« kann also keine Rede sein. Ebenso wenig lassen sich durch Sozialisation erworbene nationale Feindbilder, vor deren Hintergrund die gegnerischen Soldaten und Zivilisten bewertet wurden, erkennen. Diese wurden eher nach ihrem wahrgenommenen Verhalten im Hinblick auf eine Verrechtlichung der Auseinandersetzung beurteilt, wie sie im Zuge der Verbürgerlichung der europäischen Gesellschaften bereits im Vollzug war. So galten ihnen vor allem angeblich regelwidrige Handlungen des Gegners wie »hinterhältige« Angriffe von Nichtkombattanten, vorgetäuschte Kapitulation oder das Verwenden falscher Hoheitszeichen als Rechtfertigungsmöglichkeiten für das eigene Töten. Hinzu kamen Legitimationen, die darauf zielten, den Kampf als eine atavistische Auseinandersetzung, in der auf selbst erlittenes Leid eigene Vergeltung folgte, darzustellen<sup>3</sup>. Dieser wurde somit seiner politischen Bedeutung vollkommen beraubt. In jedem Fall verwiesen die Soldaten zur Rechtfertigung des Tötens nicht auf den übergeordneten nationalen Charakter des Krieges, da dieser offenbar als nicht ausreichend gesehen wurde, um das gesellschaftliche Tabu der Tötung von menschlichen Artgenossen zu legitimieren.

Daneben folgte die Deutung der Bevölkerung, mit der häufigerer Kontakt in den besetzten Gebieten bestand, der wahrgenommenen kulturellen Nähe. Hierbei erwies sich die bürgerliche Vorstellung von Reinlichkeit als ausschlaggebende Bewertungsgrundlage, anhand derer sich ablesen ließ, bis zu welchem Grad eine gemeinsame Werthaltung bestand. »Entbürgerlichung« oder Kaiserhörigkeit kann also nicht festgestellt werden<sup>4</sup>, vielmehr wurden Freund und Feind nach den Maßstäben der bürgerlichen Gesellschaft beurteilt.

Eher erschließen sich die Gründe für bürgerliche Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen, sobald der Blick auf den zweiten Bürgerlichkeit konstituierenden Aspekt gelenkt wird: Formen der Vergesellschaftung als Mittel, um der Individualisierung Grenzen zu setzen und geschlossenes Vorgehen für das Gemeinwohl zu ermögli-

<sup>3</sup> Wie bereits durch Ashworth, *Trench Warfare*, S. 207, dargelegt, bestand die situative Dynamik der Kämpfe außerhalb des Systems von Befehl und Gehorsam also eher aus einem Zirkel von Gewalt und Gegengewalt.

<sup>4</sup> Dass bürgerliche Werte auch im Ersten Weltkrieg ihre Gültigkeit behielten, ist die zentrale These von Molthagen, *Das Ende der Bürgerlichkeit?*, S. 411.

chen. So wurde deutlich, dass der Krieg an sich mit all seinen zerstörerischen Folgen zwar von fast keinem der Turner positiv gedeutet wurde, sich jedoch ebenfalls niemand explizit gegen die deutschen Kriegsanstrengungen wandte. Vielmehr schrieben die meisten, dass sie bereitwillig ihren Kriegsdienst als Soldaten leisteten, obwohl sich mit zwei Ausnahmen keiner von ihnen freiwillig dazu gemeldet hatte. Zwar nicht immer unter Verwendung genau dieses Begriffs fand der Dienst an der Gesellschaft doch am häufigsten seinen Ausdruck als Topos der zu erfüllenden ›Pflicht<sup>5</sup>. So lassen sich die vielfachen Bekundungen der Turner, die eigentliche Belastung ihres Kriegsdienstes, nämlich die Lebensgefahr, bereitwillig zu ertragen und bestenfalls nach einer Verwundung oder längeren Zeit des Frontdienstes sich gerne eine kurze Auszeit zu nehmen, als Bestätigung eben dieser Erwartung von ›Pflichterfüllung‹ sehen.

Um die Erfüllung der eigenen ›Pflicht‹ zu bezeugen und sich von denjenigen ›hinterm warmen Ofen‹ abzugrenzen, die dieser Obligation nicht nachkamen, sollten ihnen ›Kriegsgeschichten‹ dienen. Als derartige Geschichte galt das Erzählen über Erlebnisse von Kampf und Lebensgefahr, das denjenigen in der Regel nicht möglich war, die im Krieg weit entfernt von der Front ihren Dienst versehen hatten. Dementsprechend versuchten auch die nicht in vorderster Linie eingesetzten Turner ebenfalls diesen Mechanismus zu nutzen, indem sie die wenigen eigenen Erlebnisse persönlicher Lebensgefährdung durch Fliegerangriffe oder Unfälle umso eindringlicher in allen Details schilderten. Für diejenigen, die solche Situationen hingegen häufiger erleben mussten, bot der Nervendiskurs ein Medium, um die persönlichen Belastungen und damit auch den hohen Grad der ›Pflichterfüllung‹ mitzuteilen. Anhand der den gebildeteren Menschen der Zeit durch wissenschaftliche Abhandlungen oder von diesen inspirierte Presseerzeugnisse, öffentliche Vorträge und dergleichen bekannten Vorstellung, dass ›die Nerven‹ nach einer Zeit hoher psychischer Anspannung zwangsläufig überlastet würden, ließ sich das ganze Ausmaß der eigenen Last darstellen, ohne die ›Pflicht‹ zu beklagen. Dass fast nie bedingungslose Verhandlungen zur Beendigung des Krieges, dafür umso häufiger ein ›Siegfrieden‹ befürwortet wurde,

<sup>5</sup> Vgl. zum allgemeinen bürgerlichen Wert der Pflichterfüllung für die Gemeinschaft Hettling/Hoffmann, Zur Historisierung, S. 15 f. Dass Watson, *Enduring the Great War*, S. 51–53, ebenfalls bei deutschen und britischen Soldaten den Topos der ›Pflicht‹ bzw. ›duty‹ ausmacht, bestätigt, dass dessen Bedeutung Nationen übergreifend mit der bürgerlichen Gesellschaft verbunden war.

ist ebenfalls am besten als Mittel, den anderen die eigene Bereitschaft zur ›Pflichterfüllung‹ darzulegen, begreiflich. Denn das Eintreten für einen baldigen Verhandlungsfrieden hätte vor diesem Hintergrund leicht als ein Herausstehlen aus der ›Pflicht‹ interpretiert werden können. Zumindest bei einem der Turner zeichneten sich in diesem Zusammenhang schon die Konturen der ›Dolchstoßlegende‹ ab, als er gegen Ende des Krieges Verhandlungsangebote von Reichstagsabgeordneten scharf verurteilte und gleichzeitig betonte, dass er als Frontsoldat seine ›Pflicht‹ erfülle. Als Mittel, um die Obligationen der Vergesellschaftung in Form der ›Pflicht‹ mit dem Bedürfnis nach Individualisierung im Sinne der Selbsterhaltung miteinander vereinbaren zu können, dienten dementsprechend spezifische Überlebensstrategien. So finden sich kaum Bürgerliche, die den Frontdienst offen – etwa durch Desertion oder Meuterei – verweigerten und dadurch eine mangelnde Erfüllung ihrer ›Pflicht‹ gezeigt hätten. Vielmehr nutzten sie eher die Möglichkeit, durch Einflussnahme auf die Militärbürokratie der Lebensgefahr legal zu entgehen. Im Idealfall gelang es ihnen, durch eine Freiwilligenmeldung bei einer ungefährlicheren Waffengattung aufgenommen zu werden, sodass sie ihr Leben bewahren und gleichzeitig nach außen hin ihre ›Pflichterfüllung‹ als Kriegsfreiwilliger belegen konnten.

An den Deutungen der Turner können jedoch ebenso Unterschiede in der Bewertung der ›Pflicht‹ ausgemacht werden. So lassen sich recht deutlich mehrere Gruppen abgrenzen, die zu keinem Zeitpunkt oder nach einem bestimmten Ereignis ihren Kriegsdienst nicht mehr positiv bewerteten, sich also nicht oder nicht mehr in der ›Pflicht‹ sahen. Hierzu zählten zum einen allgemein die ›alten‹, also deutlich über dreißigjährigen Soldaten, insbesondere wenn diese bereits verheiratet waren und Kinder hatten. Zum anderen waren dies jene, die einen Bruder im Krieg verloren hatten und ab diesem Moment ihren Dienst negativ deuteten. Diese Gruppen von Turnern sahen sich also offenbar durch ihre besonderen Umstände von der ›Pflicht‹ befreit. Besonders deutlich wird dies an Edmund Weitzenbauer, bei dem dieser Wandel eintrat nachdem er geschildert hatte, wie er aufgrund seiner Verwundung von der Offizierslaufbahn ausgeschlossen und damit stark benachteiligt worden sei. Gerade am plötzlichen Umschwung der in den eigenen Schreiben zugrundegelegten Deutungen wird ersichtlich, dass die vorherigen positiven Wertungen des Kriegsdienstes weniger die eigenen Empfindungen als vielmehr die Erwartungen der Adressaten widerspiegeln. Zudem zeigen sich an den genannten Gruppen deutlich die Konturen der

zum Zweck der Vergesellschaftung zu erfüllenden Obligationen wie sie von den Turnern wahrgenommen wurden. Die »Pflicht« zum Einsatz des Lebens für die Gesellschaft richtete sich demnach an junge, unverheiratete und kinderlose Bürger. Ausgenommen wurden hingegen die »Alten« im Allgemeinen und die Väter im Besonderen sowie jene, die durch ein besonderes Opfer bereits ihre »Pflicht« erfüllt hatten. In den hier untersuchten Fällen zählte zu diesen Opfern der Verlust der eigenen Gesundheit oder eines Bruders. Wie weit letztere Auffassung verbreitet war, zeigt sich daran, dass auch nach den offiziellen Regelungen des Kriegsministeriums die jeweils »letzten Söhne der vom Kriege heimgesuchten Familien« nicht mehr eingezogen werden sollten<sup>6</sup>.

Aus der Perspektive der Wissenssoziologie, deren Prämissen diese Untersuchung folgt, lässt sich das Deutungsangebot der »Pflicht« als ein Instrument zur Legitimierung gesellschaftlicher Institutionen begreifen, deren Sinn den Akteuren selbst nicht durch eigenes Erleben bewusst ist. Durch Traditionen werden diese Legitimierungen an nachfolgende Generationen weitergegeben, wobei sie zu keinem dauerhaften Widerspruch mit der selbst erlebten Wirklichkeit führen dürfen<sup>7</sup>. Die Erfüllung der »Pflicht« muss also auch in den Augen der bürgerlichen Zeitgenossen noch Sinn gehabt haben, wenn diese handlungsleitend war und weiter tradiert wurde. Wie an den wenigen Zeugnissen, in denen diese Frage behandelt wurde, gezeigt werden konnte, lag der Zweck der »Pflichterfüllung« während des Ersten Weltkriegs offenbar im Abwenden eines großen Übels von der Gesellschaft. Dieses wird in den Augen der meisten Menschen die Niederlage oder vielmehr deren für jeden unmittelbar zu erwartende Folgen gewesen sein. Angesichts der nach dem beispiellos zerstörerischen Krieg absehbaren Reparationsforderungen in Rekordhöhe und eines schon vorher erfahrenen rapiden Lohnverfalls erschien ein weiterer ökonomischer Niedergang wahrscheinlich. Ebenso müssen soziale Umwälzungen befürchtet worden sein, an deren Ende eine Schwächung der Stellung des Bürgertums zu erwarten war. So schrieb Hans

<sup>6</sup> Wrisberg, Heer und Heimat, S. 86.

<sup>7</sup> Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, S. 98-104. Auf einer ähnlichen Prämisse basieren auch die Beiträge des Sammelbands *Der bürgerliche Werthimmel*, in dem die soziale Funktion »bürgerlicher Werte« untersucht wird. Als einleuchtendes Beispiel nennen Hettling/Hoffmann, *Zur Historisierung*, S. 16, hierbei die Vorstellung der bürgerlichen Liebe, mit der die Ehe als soziale Institution legitimiert wurde, nachdem deren rein religiöse Begründung im Zuge der Säkularisierung an Überzeugungskraft verloren hatte.

Tiemann, wohl bezogen auf den Januarstreik von 1918: »Was macht die Hamburger Revolution? Einzige Antwort ist Schützengraben und MGs<sup>8</sup>!« Ein weiterer Grund dafür, weshalb die »Pflicht« im Krieg ihren Sinn behielt, wird die Verarbeitung des Todes gewesen sein. Wie gezeigt erfolgte diese – wenn sie überhaupt gelang – zumindest unter den jüngeren Bürgern meist ohne Rückgriff auf religiöse, dafür aber auf nationale Deutungsangebote. Solche konnten jedoch nur Sinn generieren, sofern der Tod auch »dem Vaterland« gedient hatte, was bei einer Niederlage nicht der Fall gewesen wäre.

Auf der Suche nach den Traditionen im wissenssoziologischen Sinne, mit denen das Ideal der bürgerlichen »Pflichterfüllung« im Krieg weitergegeben wurde, findet sich das von der Geschlechterforschung herausgearbeitete Männlichkeitsbild. Demnach habe sich mit Beginn der Aufklärung, als erstmals genauere Rollenzuweisungen formuliert wurden, in Europa und Nordamerika ein »hegemoniales Männlichkeitsmodell« (Robert W. Connell) durchgesetzt, das spätestens mit der Französischen Revolution zum Durchbruch gelangt sei. Bestandteile dieses vor allem durch die Verbürgerlichung der Gesellschaft vorangetriebenen Konzepts seien u.a. Mut, Pflichtbewusstsein, persönliche »Zucht« und körperliche Stärke gewesen<sup>9</sup>. Allerdings ist angesichts der hier gelieferten Ergebnisse fraglich, wie hegemonial dieses Männlichkeitsmodell tatsächlich war. Denn, genauer betrachtet, scheint sich der Befund vor allem aus der verwendeten Quellengattung zu ergeben. So basieren die Studien, die zu dem Schluss kommen, es habe ein Bild »militarisierter Männlichkeit« vorgeherrscht, in der Regel auf den leichter verfügbaren normativen Quellen in Form von Propagandaerzeugnissen, Zeitungsartikeln, zeitgenössischer Literatur usw.<sup>10</sup> Im Gegensatz dazu kommen aber gerade die

---

<sup>8</sup> Lt Tiemann an W. Weidehaas, 10.2.1918.

<sup>9</sup> Schmale, *Geschichte der Männlichkeit*, S. 152–154; Mosse, *Das Bild des Mannes*, S. 27 f., 57 f., 145, 152 f.

<sup>10</sup> Ein gutes Beispiel hierfür sind die Arbeiten Ute Freverts, auf die sich in der Forschung überwiegend die Vorstellung einer Verknüpfung von Wehrpflicht und Männlichkeit in Deutschland gründen. Vgl. Schmale, *Geschichte der Männlichkeit*, S. 195–199. Ihre Hauptquellen dazu sind z.B. Schriften der preußischen Reformen oder anderer Befürworter der Wehrpflicht. Dabei übersieht sie jedoch, dass deren Versprechen der Mannwerdung, das neben staatsbürgerlichen Rechten eine Kompensation des Freiheitsverlustes durch den erzwungenen Militärdienst liefern sollte, durchaus nicht so von den Wehrpflichtigen gesehen worden sein muss. Frevert, *Soldaten, Staatsbürger*. In jüngster Zeit scheint sie auf diesen Widerspruch aufmerksam geworden zu sein und geht entsprechend näher auf das wechselseitige Verhältnis von

auf nicht zur Publikation vorgesehenen Selbstzeugnissen beruhenden Untersuchungen meist zu dem genau gegenteiligen Ergebnis<sup>11</sup>. Die bisherige Forschung scheint also zu einem Großteil von dem Kurzschluss geprägt zu sein, öffentlich vorgetragene normative Appelle mit deren Durchsetzung gleichzusetzen. Anstatt die Wunschorstellungen und die selbstgerechte Eigenwahrnehmung wilhelminischer Eliten zu reproduzieren, wäre es also sinnvoller, die normativen Quellen »gegen den Strich« zu lesen<sup>12</sup>. Somit kann die Tatsache, dass seit dem 19. Jahrhundert die Befürworter der militärischen Dienstpflicht immer nachdrücklicher eine Verbindung von Militärdienst und Männlichkeit postulierten<sup>13</sup>, gerade als Zeichen einer nachlassenden Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit, sich für derartige Ziele einzuspannen zu lassen, interpretiert werden. Letzteres ist vor allem vor

---

Norm und Durchsetzung ein. Allerdings kommt sie auch hier zu dem Ergebnis, dass das Militär gemäß seines Anspruchs »Schule der Nation« und der Männlichkeit gewesen sei. Da sie diesem Urteil erneut keine unpublizierten Selbstzeugnisse zugrunde legt, bleibt diese Auffassung freilich nicht überzeugend. Frevert, *Das Militär als Schule*, S. 69.

- <sup>11</sup> Bezeichnend für dieses Quellenproblem sind die Aufsätze in dem Sammelband *Masculinities in Politics and War*. So sind es gerade die beiden einzigen auf Selbstzeugnissen basierenden Beiträge, die zu dem Ergebnis kommen, dass die von ihnen untersuchten Soldaten offenbar eher »weicher«, nicht dem Duktus der publizierten Medien entsprechende Männlichkeitsbilder vertraten: Rose, *Temperate Heroes*, S. 192; Roper, *Maternal Relations*, S. 307–309. Ebenso resümiert Hämmerle, *Zur Relevanz des Connell'schen Konzepts*, S. 116–119, mit Blick auf die von ihr ausgewerteten Selbstzeugnisse, dass eine Anwendung des Connell'schen Konzepts auf Österreich-Ungarn für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg problematisch ist. Überraschenderweise behauptet sie jedoch – obwohl sie Quellen aus dieser Zeit nicht untersucht hat –, dass im Ersten Weltkrieg, als die Mobilisierung schließlich umfassender war, sich dieses Konzept dann doch durchgesetzt habe, was an der Kriegsbegeisterung von 1914 abzulesen sei. Aufgrund der fehlenden Belege und der weitgehenden Revision des Mythos vom »Augusterlebnis« in der Geschichtswissenschaft ist dies jedoch nicht überzeugend.
- <sup>12</sup> So die überzeugende Methode von Lipp, *Friedenssehnsucht und Durchhaltebereitschaft*, S. 281, bei der Analyse von Schützengrabenzeitungen im Ersten Weltkrieg.
- <sup>13</sup> Vgl. das Fazit von Schilling, »Kriegshelden«, S. 375–381. Dieser wertet zwar neben der zeitgenössischen Literatur und Presse auch unpublizierte Quellen aus, allerdings sind dies vor allem solche, in denen sich die Praxis der von ihm untersuchten Heldenverehrung niedergeschlagen hat. Er analysiert somit nur die Deutungsmuster derjenigen, die besagte militärisch-männliche Werthaltungen internalisiert hatten, und kann damit nichts über deren Verbreitung in der Mehrheitsgesellschaft sagen. Ebd., S. 33.

dem Hintergrund einer mit der Verbürgerlichung der Gesellschaft verbundenen stärkeren Individualisierung plausibel. Doch auch darüber hinaus wird der Militärdienst von der Masse der »einfachen« Männer weiterhin zuvorderst mit »weiblichen« Tätigkeiten in Verbindung gebracht worden sein, wie dem dort im Zuge des Dienstes nötigen Putzen, Waschen, Flickern, Kochen, Betten machen und überhaupt der erforderlichen Unterordnung, die dem geschlechtsspezifischen Ideal des selbstbestimmten Mannes entgegenstand<sup>14</sup>.

Ein Beispiel für Versuche und deren Scheitern, mit solchen Appellen eine größere Bereitschaft zur Ableistung militärischer Dienste zu erreichen, sind die Bemühungen der Vereinsleitung der HT 16, ihre jugendlichen Mitglieder zum Eintritt in die Jugendkompanie zu ermuntern. Zudem wird in diesem Fall gut deutlich, dass Versuche, Männlichkeit zu instrumentalisieren, vor allem dann stattfanden, wenn andere Methoden bereits keinen Erfolg gezeitigt hatten. So bedauerte die Vereinsleitung noch im zweiten Kriegsjahr bloß das mangelnde Interesse der Jugendlichen und klagte lediglich, dass diese wohl nur an Vergnügungen interessiert seien<sup>15</sup>. In der folgenden Zeit versuchte sie, vor allem die vielen materiellen Vorteile wie Eintritts-ermäßigungen, Zusatzverpflegung usw. in den Vordergrund zu stellen und beklagte erneut die Bequemlichkeit der jungen Mitglieder<sup>16</sup>. Als auch das nichts nützte, wurde im Vereinsblatt von 1917 schließlich ein mit Sicherheit von der Leitung lancierter Aufruf der ehemaligen und jetzt »im Feld stehenden« Jugendkompaniemitglieder abgedruckt. Darin wurden zunächst erneut die bereits vielfach genannten Vorteile erwähnt. Am Ende des Aufrufs zeigte sich jedoch der Versuch eines Strategiewechsels. Denn nun folgte der Zusatz, dass man auf »Schwächlinge« verzichten könne. Erwünscht seien vielmehr diejenigen, »die Lust zu einer forschenden Betätigung, zum Draufgehen und zum Schneid haben [...] und als Pflicht gegen das Vaterland« an den Aktivitäten der Jugendkompanie teilnehmen wollen<sup>17</sup>. Doch auch dies erhöhte den Zulauf nicht, und im letzten Kriegsjahr blieb dann nur noch die nackte Drohung, dass die vormilitärische Ausbildung der Jugend ohnehin bald Zwang werde und es daher besser sei, sich

<sup>14</sup> Zum geschlechtsspezifischen Aspekt der »Selbständigkeit« vgl. Hettling, Die persönliche Selbständigkeit, S. 66 f., sowie Hettling/Hoffmann, Zur Historisierung, S. 17 f.

<sup>15</sup> S., Ein Jahr Jugendkompanie, S. 74.

<sup>16</sup> Siehe hierzu Kap. II, S. 48 f.

<sup>17</sup> S., Aus der Jugendkompanie, 1917, S. 60.

gleich freiwillig zu melden, um wenigsten noch zur vertrauteren Jugendkompanie der HT 16 zu kommen<sup>18</sup>.

Auch erscheint wenig plausibel, dass entsprechende Männlichkeitsbilder im Zuge eines angeblichen ›Sozialmilitarismus‹ eine hegemoniale Position erreichten<sup>19</sup>. Wie bereits diskutiert, eignet sich schon der Begriff des ›Militarismus‹ nicht für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema. Darüber hinaus konnte durch die jüngere Forschung überzeugend die These infrage gestellt werden, anhand militärischer Sozialisation seien nationale, konfessionelle und gesellschaftliche Frontstellungen beseitigt und junge Männer zu kaisertreuen Untertanen erzogen worden<sup>20</sup>. Die Vorstellung eines ›Sozialmilitarismus‹ lässt sich jedoch noch viel leichter widerlegen, indem das Augenmerk auf den Anteil der tatsächlich eingezogenen Männer gelegt wird. So muss die Reichweite militärischer Sozialisation schon allein dadurch begrenzt gewesen sein, dass selbst auf dem Höhepunkt der Heeresrüstung kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs nur etwa die Hälfte der dienstpflichtigen Männer eingezogen wurde – ein Aspekt der regelmäßig vernachlässigt wird<sup>21</sup>. Hiervon war wiederum

<sup>18</sup> Der Turnrat, Zur Frage der militärischen Vorbereitung, S. 6.

<sup>19</sup> Erstmals verwendete Otto Büsch in den 1960er-Jahren den Begriff ›Sozialmilitarismus‹, um damit die Identität von preußischem Sozial- und Militärsystem in der Frühen Neuzeit zu bezeichnen. Vor dem Hintergrund der Sonderwegsdebatte breit rezipiert, wurde diese Vorstellung in der Forschung bald auf das Kaiserreich übertragen. Büschs nie unumstrittene These kann aufgrund neuerer Forschungen und der Erschließung damals noch unbeachteter Quellenbestände jedoch mittlerweile als widerlegt gelten, womit die Übertragung der These auf das Kaiserreich freilich noch weniger überzeugend erscheint. Vgl. hierzu Kroener, »Des Königs Rock«, S. 73–75.

<sup>20</sup> Ziemann, Sozialmilitarismus und militärische Sozialisation, S. 153–163.

<sup>21</sup> Vgl. die Zahlen in Der Weltkrieg 1914–1918. Kriegerrüstung und Kriegswirtschaft, S. 219; Ingenlath, Mentale Aufrüstung, S. 155. Dieses logische Problem der These von der umfassenden Verbreitung eines Männlichkeitsbildes durch das Militär versucht Frevert, Das Militär als Schule, S. 60, zu überdecken, indem sie die Anzahl der Wehrpflichtigen im Kaiserreich denen in Deutschland im Jahr 2005 gegenüberstellt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass nur eine Minderheit der deutschen Männer vor 1914 ›gedient hatte. Gleichzeitig übersieht sie die kürzere Wehrdienstzeit der Bundeswehr, die es ermöglichte, deutlich mehr Dienstpflichtige einzuziehen. So leisteten, wie sie in einer älteren Arbeit selbst schreibt, rund 90 % der Tauglichen des Jahrgangs 1946 ihren Wehrdienst in der Bundeswehr ab. Frevert, Die kasernierte Nation, S. 422, Anm. 77. Dass ein hoher Anteil an Wehrpflichtigen auf eine ›Militarisierung‹ der Gesellschaft hinweist, erscheint also mit Blick auf die gemeinhin zu Recht als nicht ›militarisiert‹ gesehene Bundesrepublik wenig plausibel.

aufgrund der Einberufungspraxis die städtische deutlich weniger betroffen als die Landbevölkerung, die jedoch im Krieg gerade eine geringe Affinität zum Militär zeigte<sup>22</sup>. Die bürgerlichen Schichten waren also tendenziell seltener vom Wehrdienst betroffen: nur etwa ein Drittel der hier behandelten Turner hatte diesen abgeleistet. Doch selbst bei den »Gedienten« erscheint äußerst fraglich, dass die militärische Sozialisation von einem bis maximal drei Jahren die tiefere Primärsozialisation in Kindheit und Jugend und die darauffolgende, viel längere, überwiegend zivile Sekundärsozialisation verdrängt haben sollte<sup>23</sup>. Bezeichnenderweise fehlen Studien, die mit Rückgriff auf sozialpsychologische oder soziologische Theorien die Funktionsweise eines »Sozialmilitarismus« plausibel erscheinen lassen.

Das Bild militärischer Männlichkeit als hegemonial zu bezeichnen, wäre also zu undifferenziert. Vielmehr galt es offenbar nur in Zeiten des Krieges und auch dann nur für eine bestimmte Gruppe – eben jene jungen, unverheirateten und kinderlosen Männer, die noch kein gleichrangiges Opfer gebracht hatten – und hatte den Zweck, deren Einsatz zur Abwehr von Schaden von der Gesellschaft zu legitimieren. Insbesondere im Frieden wird hingegen eine Vielzahl konkurrierender Männlichkeitsentwürfe mit vergleichbarer Reputation verbreitet gewesen sein<sup>24</sup>. Auch kam übergreifend die höchste Wertschätzung eher dem Bild des Mannes als Vater, der durch seine Rolle bereits an der Reproduktion der Gesellschaft beteiligt war, zu, da dessen Leben mit höherer Priorität geschützt werden sollte<sup>25</sup>.

---

<sup>22</sup> Stein, Die deutsche Heeresrüstungspolitik, S. 60–70. Anders als in der älteren Forschung vermutet, fußte die Musterungs- und Tauglichkeitspraxis jedoch weniger auf politischen Zielsetzungen des Militärs als auf der tatsächlichen Gesundheit der Landbevölkerung und den damit verbundenen Annahmen. Zur negativen Einstellung der ländlichen Bevölkerung zum Militär vgl. Ziemann, Front und Heimat, S. 265 f.

<sup>23</sup> Dass eine »Militarisierung« durch die Schule erfolgte, ist angesichts des Widerstandes vieler dem humanistischen Bildungsideal verpflichteter Lehrer gegen eine derartige Beeinflussung der Unterrichtsgestaltung höchst unwahrscheinlich. Eine Umsetzung entsprechender Ziele in den offiziellen Lehrplänen erscheint also fraglich. Vgl. Frevert, Die kasernierte Nation, S. 291–293; Donson, Why did German Youth Become Fascists?, S. 341; Saul, Jugend im Schatten des Krieges, Dok. 16.

<sup>24</sup> So die überzeugende Interpretation von Frevert, Die kasernierte Nation, S. 299, die sie jedoch mittlerweile stillschweigend und ohne einleuchtenden Beleg revidiert hat. Siehe Frevert, Das Militär als Schule, S. 73.

<sup>25</sup> Der Verhältnis zwischen väterlichen und kriegerischen Männlichkeitskonzepten ist aufgrund der dürftigen Forschungslage insbesondere für Deutsch-

Abschließend lässt sich konstatieren, dass die häufig anhand ihrer Selbstzeugnisse beobachtete »patriotische Gesinnung«<sup>1</sup> bürgerlicher Soldaten im Ersten Weltkrieg kein Selbstzweck oder gar eine charakterliche Eigenschaft war. Vielmehr bestätigten die Betroffenen hiermit bloß die von ihnen empfundenen gesellschaftlichen Erwartungen, durch ihren Kriegsdienst Übel von einem auf bürgerlichen Errungenschaften gründenden Gemeinwesen abzuwehren. Letzteres war in ihrer Vorstellung geprägt durch einen ausschlaggebenden Anteil des Bürgertums an der politischen Macht und eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, die jedem Bürger die Chance gab, materiellen Wohlstand zu erreichen. Gleichwohl konnte gezeigt werden, dass sich die empfundene Obligation des Kriegsdienstes nur an jene richtete, die noch nicht durch eine Vaterrolle oder ein bereits erbrachtes Opfer ihre gemeinschaftliche »Pflicht«<sup>2</sup> geleistet hatten. Zudem ist davon auszugehen, dass diejenigen, die der »Pflicht«<sup>3</sup> unterlagen, diese nicht mit Freude versahen, sondern nach Möglichkeiten suchten, ihr zu entgehen. Da auch sie jedoch nach außen ihre Bereitschaft zur »Pflichterfüllung«<sup>4</sup> bekundeten, trugen sie dazu bei, dass diese Obligation gesellschaftlich weiter aufrecht erhalten und stets erneut im Diskurs reproduziert wurde.

---

land bisher unklar. Vgl. den Literaturüberblick bei Martschukat/Stieglitz, »Es ist ein Junge!«, S. 117, 125 f.